

Rüdiger Noll

Die Europäische Ökumenische Versammlung Frieden in Gerechtigkeit (Basel, Mai 1989) in ihrer Bedeutung für politische Entwicklungen in Europa und für ökumenisches Lernen

Was hat Basel 1989 bislang gebracht? Noll zieht hinsichtlich der politischen und ökumenischen Auswirkungen Bilanz und kommt zu dem Schluß, daß zwar einiges erreicht wurde, der Prozeß aber mutig und engagiert weiter vorangetrieben werden muß. Den Kirchen könnte dabei politisch eine Aufgabe als „Agenturen der Bewußtseinsbildung“ zukommen. In bezug auf die Ökumene geben eher die Aktivitäten an der Basis und weniger die der offiziellen Stellen Anlaß zu Hoffnung. Die Zukunft des konziliaren Prozesses liegt daher auch weniger in offiziellen Beschlüssen als in den Lernerfahrungen der Kirchen und Christen in ihrem jeweiligen Kontext. red

Pfingsten 1991 waren es zwei Jahre her, daß in Basel die Europäische Ökumenische Versammlung Frieden in Gerechtigkeit stattfand. Sie ist oft als ein außerordentliches Ereignis gewürdigt worden. Schließlich kamen dort fast 30.000 Menschen, Delegierte und Besucher aller Konfessionen, einschließlich der römisch-katholischen, zusammen, die alle europäischen Länder mit Ausnahme Albaniens repräsentierten. Und die rund 700 Delegierten aus den verschiedensten Traditionen und Kontexten konnten sich auf gemeinsame Aussagen und konkrete Verpflichtungen in den Bereichen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung verständigen. Das Schlußdokument wurde mit 95,4% der Stimmen angenommen. Manche haben darin das Wirken des Heiligen Geistes gesehen. Angesichts der bedrängenden Probleme unserer Zeit haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Versammlung die Herausforderung erkannt, eine christliche Antwort zu geben, die sich nicht nur in „frommen Worten“ erschöpft.

Nach einem nun zweijährigen Rezeptionsprozeß lohnt es sich, einmal haltzumachen und Bilanz zu ziehen. Ohne Zweifel ist Basel ein besonderes Ereignis europäischer Kirchengeschichte gewesen. Aber gehört es zu jenen Ereignissen, für die man einen Gedenkstein errichtet, um sie dann zu vergessen, oder war und ist der Prozeß, der Basel als einen vorläufigen Höhepunkt hatte, relevant, z. B. für politische Entwicklungen und für ökumenisches Lernen?

Indikatoren

Mai 1989, Sowjetunion: Metropolit Alexy von Leningrad und Novgorod (heute der Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche) übergibt während einer Sitzung des Volksdeputiertenkongresses der UdSSR das Schlußdokument von Basel an Präsident Michail Gorbatschow, der es mit Dank und Respekt entgegennimmt.

9. November 1989, Deutsche Demokratische Republik: Die DDR öffnet für ihre Bürgerinnen und Bürger die Grenzen nach West-Berlin und zur Bundesrepublik. Das ist der Höhepunkt eines längeren Prozesses, einer „gewaltlosen Revolution“, in deren Verlauf die Kirchen eine besondere Rolle spielen. Am 17. November nimmt eine neue DDR-Regierung die Arbeit auf. Persönlichkeiten der Kirche bekleiden hohe Staatsämter, werden zu Moderatoren der „runden Tische“ in ihrer Region, waren Leitfiguren der gewaltlosen Revolution oder wurden zu Gestaltern der neuen Ordnung.

Dezember 1989, Bundesrepublik Deutschland: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands organisiert ein Treffen zwischen Abgeordneten ihrer Partei und den deutschen Delegierten von Basel. Ein fruchtbarer Gedankenaustausch, wie man hört, der nach Fortsetzung drängt. Die Abgeordneten interessiert insbesondere, wie die Beschlüsse von Basel in praktische Politik umgesetzt werden können.

Dezember 1989, Österreich: Vom 27. bis 29. Dezember findet in Wien die Österreichische Pastoraltagung statt zum Thema Christliche Gemeinden für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Allein aus den bisher sozialistischen Ländern nehmen hundert Personen daran teil.

November 1990, Schweiz: Die in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen zusammengeschlossenen Kirchen rufen anlässlich des 700jährigen Bestehens der Eidgenossenschaft ein Halljahr aus. 3000 Menschen nehmen an Gottesdiensten und Veranstaltungen zur Proklamation der Halljahrsbotschaft teil. Einer der Schwerpunkte ist der Einsatz für einen Schuldenerlaß der Entwicklungsländer¹.

Diese Beispiele sind Indikatoren, keine Beweise im strengen Sinne, daß die Basler Versammlung in politische Zusammenhänge aufgenommen worden ist und in sie hineingewirkt hat. Wie hoch allerdings der Anteil von Basel an den politischen Veränderungen, z. B. in Zentral- und Osteuropa gewesen ist, vermag wohl niemand zu bemessen. Immerhin erwartete der Geheimdienst des Schweizer Militärdepartements von der Versammlung einen so großen politischen Einfluß, daß er schon – wie sich später herausstellte – in die Planungsgruppe einen Spion einschleuste. Worin liegt aber nun, zwei Jahre später beurteilt, die politische Bedeutung der Versammlung?

Die politische Bedeutung der Basler Versammlung

Zunächst einmal hat Basel deutlich gemacht, daß Christen und Kirchen zu den Bedrohungen der Gegenwart nicht schweigen dürfen. Die dort versammelten Christen und Kirchen haben von ihrem Glauben her Aussagen zur Weltverantwortung getroffen und allen Theologien, die einer falschen Dichotomie zwischen Reich der Welt und politischen Gesetzmäßigkeiten auf der einen Seite und dem Reich Gottes und dem Glauben auf der anderen Seite anhängen, eine Absage erteilt. Und Basel ist noch einen Schritt weitergegangen. Die Aussagen des Schlußdokuments münden in konkrete (Selbst-)Verpflichtungen zum Handeln (§ VI). Die Kirchen und Christen haben damit ihre nur reagierende Position als Wächter gegenüber dem Staat aufgegeben zugunsten einer Rolle als Mitgestalter.

Wer aber etwas mitgestalten will, braucht eine Vision, soll sich die Mitgestaltung nicht

¹ Vgl. dazu den Beitrag von T. Bernet-Strahm, S. 281ff.

in unreflektiertem Aktionismus erschöpfen. Der Akzent des Basler Dokuments liegt nicht nur auf der Kritik des Bestehenden, sondern in der Beschreibung des Angestrebten. Als prägend hat sich dabei das Bild des „gemeinsamen europäischen Hauses“ erwiesen. Europa als ganzes ist in den Blick gekommen. Das Dokument benennt auch bereits Leitlinien für eine Hausordnung für dieses gemeinsame Haus: Gleichheit für alle Bewohner, Freiheit, Gerechtigkeit, Toleranz, Solidarität, Partizipation, offene Türen und Fenster, Dialog statt Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung (vgl. § 67).

Mit diesen Leitlinien ist Basel ein Befürworter aller wirklich paneuropäischen Versuche zum Dialog und zur Zusammenarbeit wie z. B. dem KSZE-Prozeß. Und zugleich widersetzt sich das Basler Dokument allen rein westeuropäischen Versuchen, etwa durch die Einführung eines „Europäischen Binnenmarktes“ nach dem Fall politischer Mauern nun ökonomische Mauern innerhalb des Kontinents zu errichten. Und schließlich warnt das Schlußdokument auch vor jedem Eurozentrismus und -triumphalismus. Das europäische Haus ist ein Haus, das nicht isoliert, sondern im Dorf der Welt steht. Der Abbau der Mauern im Innern erlaubt keine Errichtung von Barrieren nach außen. Hier sehe ich eine der größten Herausforderungen, die aus Basel erwachsen ist und durch die Weltkonvokation in Seoul noch verschärft wurde: Ökonomische Gerechtigkeit in Europa und weltweit ist der Prüfstein dafür, ob es dauerhaft gelingt, unsere Welt gerechter, friedfertiger und überlebensfähig zu gestalten.

Bleibende Herausforderungen

Spricht man von der politischen Bedeutung der Europäischen Ökumenischen Versammlung, darf man eine andere Seite nicht verschweigen: Zur Zeit würde in Europa wohl keine politische Partei, die das Basler Schlußdokument als ihr Regierungsprogramm präsentiert, ausreichend Stimmen bekommen, um die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Basel und auch Seoul haben die Waffenexporte in den Golf nicht gestoppt; die ökumenischen Konvokationen haben nicht verhindern können, daß sich die

Regierungsvertreter bei der letzten Weltklimakonferenz (November 1990) nicht auf entscheidende Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgase verständigen konnten. Die Übergabe des Schlußdokuments an Michail Gorbatschow hat nicht verhindern können, daß seine Politik der Perestroika in eine Machterhaltungspolitik umschlug. Die Bilanz, veröffentlicht zum letzten Welternährungstag (15. Oktober 1990), lautet erschreckender denn je: „Jedes Jahr sterben weltweit 20 Millionen Menschen an den Folgen von Unterernährung. Insgesamt sind 1,1 Milliarden Menschen unterernährt, 500 Millionen hungern täglich.“² Und schließlich hat Basel nicht verhindern können, daß das, was in der DDR als Protest gegen den real existierenden Sozialismus begann, schnell in ein Plädoyer für den real existierenden Kapitalismus umgemünzt wurde, obwohl das Schlußdokument deutlich kapitalismuskritische Züge trägt (z. B. § 72) und sich für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung über die bestehenden Modelle hinaus einsetzt.

Diese Erkenntnisse deuten darauf hin, daß der konziliare Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung mit Basel und Seoul nicht beendet sein kann. Die entscheidende Frage ist, wie kann das, was in Basel oder an anderen Stellen im konziliaren Prozeß formuliert worden ist, in praktische Schritte umgesetzt werden? Und wer sind die handelnden Subjekte: die Politiker, Wirtschaftsmanager, Kirchenleitungen, Basisbewegungen? Nach C. F. v. Weizsäcker sollen die Kirchen Agenturen der Bewußtseinsbildung sein, während die Politiker die Entscheidungsträger sind. Gegenüber diesem Modell möchte ich den im konziliaren Prozeß engagierten Basisgruppen eine größere politische Bedeutung und auch Kompetenz zumessen. Dazu später mehr.

Die Dokumente von Basel und Seoul sind so etwas wie „Richtlinien“ und „Kommunikationshilfen“, eine Art „Katechismus ökumenischer Sozialethik“, auf den sich Repräsentanten der Kirchen auf europäischer bzw. weltweiter Ebene einigen konnten, der die Grundlage für den künftigen ökumenischen Dialog bilden sollte, auch den Dialog zwischen Arm und Reich, Jung und Alt, Frauen

und Männern, Kirchenleitungen und Basisgruppen, Kirche und Gesellschaft etc.

Ökumenisches Lernen

Entscheidend für die Bedeutung des konziliaren Prozesses für die Zukunft dürfte auch die stärkere Verbindung zweier bisher relativ selbständig nebeneinander bestehender Programme sein: Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung und ökumenisches Lernen. Dabei erscheint es wichtig, daß die stärkere Verbindung der beiden Programme in einer dialektischen Verschränkung geschieht und nicht etwa nur so, daß das eine Programm die Themen, das andere die Methode einbringt. Ökumenische Lernprozesse sind grundsätzlich offene Prozesse, deren Ausgang nicht vorhersehbar ist. Vielleicht kommen in der Kombination der beiden Programme noch ganz andere Schwerpunkte in den Blick, als sie unter den drei Themen des konziliaren Prozesses aufgelistet werden. Andererseits hat es der konziliare Prozeß auch nicht nur mit diesen thematischen Schwerpunkten zu tun, sondern sucht auch nach einer veränderten, insbesondere verbindlicheren Form der ökumenischen Gemeinschaft von Kirchen und Christen. Das könnte wiederum Rückwirkungen auf die Handlungsträger ökumenischen Lernens haben.

Wie lernt man nun aber eigentlich ökumenisch? Um zumindest eine vorläufige Antwort zu geben, möchte ich eine „Definition“ aufnehmen, die sich in einigen Workshops als fruchtbar erwiesen hat: „Ökumenisches Lernen ist ein Prozeß, in dem verschiedene Gruppen und Individuen, die alle in ihrer Kultur, ihrem Glauben und ihren Traditionen und Kontexten gut verwurzelt sind, zusammenkommen zu einer ehrlichen Begegnung untereinander und vor Gott, um miteinander über persönlich relevante Fragen zu studieren und zu streiten, im Lichte der Bibel und ihrer Traditionen, damit sie zu gemeinsamen Aktionen kommen für die Einheit von Kirche und Menschheit und für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung.“³

² Frankfurter Rundschau vom 16. Oktober 1990.

³ Vgl. *Alive together – A practical guide to ecumenical learning*, WCC, 1990, 7 (Übersetzung: RN).

Geht man etwa von dieser inhaltlichen Beschreibung aus, so liegt es auf der Hand, daß der bisherige konziliare Prozeß schon ein Aufbruch zu ökumenischem Lernen war. Es war eine erfreuliche Tatsache, daß sich so viele unterschiedliche Menschen und Personengruppen mit ihrer Kultur und Tradition eingebracht haben und schließlich die gemeinsame Verpflichtung eingegangen sind. Nun sind die Besucherinnen und Besucher von Basel wieder in ihre Kirchen und ihre spezifischen Lebenszusammenhänge zurückgekehrt, um mit anderen an der gemeinsamen Sache weiterzuarbeiten. „Global denken, lokal handeln“, ist mehr denn je das Motto, nach dem eine praktische Umsetzung vor Ort versucht wird. Doch nach zwei Jahren der Erfahrung geben die Berichte der Kirchen, die das Sekretariat der Konferenz Europäischer Kirchen in Genf erreichen, ein eher ernüchterndes Bild. Das Engagement scheint erlahmt, Unterstützung fehlt! War der Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung nur eine Moderscheinung, eines unter anderen Programmen, das nun wieder ad acta gelegt werden kann? Wie können die Lernerfahrungen von Basel lebendig gehalten werden, wie kann die Verbindung der drei Problemfelder in der praktischen Arbeit sichergestellt werden?

Ich bin mir sicher, daß die Berichte, die die „Kirchenoffiziellen“ nach Genf übermitteln, nur einen Ausschnitt von dem wiedergeben, was an der Basis im konziliaren Prozeß geschieht. Viele Gruppen, die von Basel oder Seoul her aufgebrochen sind, um ökumenische Lernerfahrungen zu machen, sind auch weiterhin auf dem Weg. So sind in Europa allein drei Netzwerke entstanden, in denen sich Gruppen, die an den konziliaren Themen arbeiten, zusammengeschlossen haben, um auch weiterhin die globale Perspektive in ihre Arbeit vor Ort einzuholen.

Die Gruppen, die in Basel die Hearings veranstaltet haben, sind in einem solchen Netzwerk verbunden geblieben und geben in jedem Jahr Materialien für eine Woche des Gebets und der Aktion im konziliaren Prozeß heraus. Andere Gruppen haben sich um die Idee eines paneuropäischen Kirchentages verbunden. Am aktivsten ist zur Zeit wohl

das Netzwerk „Kairos Europa“, in dem über 130 Gruppen aus ganz Europa Veranstaltungen und Aktionen zum Jahre 1992⁴ planen. In diesen Netzwerken ereignet sich genau das, was in der Beschreibung ökumenischen Lernens festgehalten ist. Gruppen verlassen ihre Isolation, bringen ihre Erfahrungen und Traditionen in den Dialog ein und kommen – was mir besonders bedeutungsvoll erscheint – zu gemeinsamen Aktionen. Ökumenisches Lernen ist eben grenzüberschreitend, verknüpfend und handlungsorientiert⁵. Gerade der letzte Aspekt scheint auf der Ebene der kirchlichen Strukturen selten umgesetzt zu werden.

Begleitung und Unterstützung

Die beiden Organisationen, die nach Basel eingeladen hatten, die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und der Rat Europäischer Bischofskonferenzen (CCEE), haben sich zum Ziel gesetzt, diese Prozesse ökumenischen Lernens im konziliaren Prozeß zu begleiten und zu unterstützen. Bei seiner letzten Sitzung (März 1991) hat sich das gemeinsame Komitee der beiden Organisationen dafür ausgesprochen, eine zweite Europäische Ökumenische Versammlung einzu-berufen, um allen im konziliaren Prozeß Engagierten eine neue Begegnungsmöglichkeit anzubieten und neue Energien freizusetzen. Arbeitsprojekte zu den verschiedenen Themen des Prozesses sollen in Zusammenarbeit mit Instituten, Akademien und den Netzwerken etabliert werden. Es ist das Ziel, mit grundlegenden Studien bisherige Antworten zu vertiefen und aus den Visionen des konziliaren Prozesses Strategien zu entwerfen. Eine Koordinationsgruppe und das Sekretariat der KEK sollen diese Projekte koordinieren und verknüpfen und Hilfestellungen für die Kommunikation auf allen Ebenen anbieten. Nun müssen nur noch die beiden Präsidien der Organisationen diesen Empfehlungen zustimmen.

⁴ 1992 ist das Jahr, an dessen Ende der (west)europäische Binnenmarkt eingeführt werden soll, und zugleich das Jahr der 500. Wiederkehr der Kolonialisierung Lateinamerikas von Europa aus.

⁵ Vgl. Ökumenisches Lernen. Grundlagen und Impulse. Eine Arbeitshilfe der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für Bildung und Erziehung, hrsg. v. Kirchenamt der EKD, Gütersloh 1985, 17.

Schlußbemerkung

Betrachtet man also die Versammlung von Basel unter den Aspekten ihrer politischen Bedeutung und in ihrer Bedeutung für ökumenisches Lernen, so ist festzuhalten, daß die Möglichkeiten, die sich im Rahmen des konziliaren Prozesses ergeben, noch lange nicht erschöpft sind. Basel war vorläufiger Höhepunkt eines Prozesses, der weitergehen muß und wird. Basel, Seoul und zuletzt auch die Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Canberra ermutigen zu weiterem Engagement. Ergebnisse des weiteren Prozesses können jedoch keine Beschlüsse leitender Stellen sein, sondern müssen im Sinne des ökumenischen Lernens Lernerfahrungen sein, die von Kirchen und Christen in ihren jeweiligen Kontexten gelebt werden.

Heinz Schürmann

Neue Diözesen in den neuen Bundesländern Deutschlands?

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands erhebt sich die Frage: Sollen die neuen Bundesländer wieder in jene Bistümer eingegliedert werden, von denen sie durch die Trennung Deutschlands losgerissen wurden? Oder sollen aus den Apostolischen Administrationen Erfurt, Görlitz, Magdeburg und Schwerin eigene Diözesen werden? Der emeritierte Neutestamentler des „Studiums Erfurt“ trägt Gründe und Gegengründe zusammen. red

1. Die vier Jurisdiktionsgebiete, die selbständige Diözesen werden möchten, waren in den vergangenen 40 Jahren finanziell in hohem Maße von ihren Mutterdiözesen und Hilfsinstitutionen der Deutschen Bischofskonferenz sowie von anderen Quellen abhängig. Auch in Zukunft – auch nach Einführung der Kirchensteuer – können sie sich nach bisherigen Erfahrungen kaum zur Hälfte selbst finanzieren, vielleicht nur zu einem Viertel.

Diese neuen Bistümer müßten als Missionsbistümer erkannt und akzeptiert werden,

und zwar als recht erfolgreiche Missionsbistümer im Bereich des „nordischen Säkularismus“. Und es müßte dann in das allgemeine Bewußtsein eingehen: Im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz gibt es nun interne „Missionsbistümer“. Man sollte deren Selbstbewußtsein, Initiativkräfte, auch ihre kirchliche Repräsentationskraft stärken und nach Kräften unterstützen. (Als „Diaspora-Stützpunkte“ eines katholischen Hinterlandes, als „Bischöfliche Kommissariate“ wie ehemals hätten sie wenig missionarische Perspektiven.) Es ist nun aber doch wohl überall in der Welt so: Wo in einem Missionsland junge Diözesen eingerichtet werden, sind sie noch lange unterstützungsbedürftig; sie bleiben immer längere Zeit noch abhängig von der Hilfe der Universalkirche. Bistümer im Bereich der ehemaligen „Nordischen Mission“ werden in besonderer Weise abhängig sein von ihren Mutter- und Schwesterkirchen, darüber hinaus von der Hilfsbereitschaft der Deutschen Bischofskonferenz, die seit fast 150 Jahren ein „Kommissariat für die Diaspora“ unterhält, welches mit Hilfe des „Bonifatiuswerkes“ gewiß weiterhin tatkräftig helfen wird (es sollte freilich umbenannt werden, etwa: „Kommissariat für interne Missionsbistümer im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz“). Wir dürfen unseren „Müttern“ und „Schwestern“ dankbar sein und ihnen weiter vertrauen. – Zu bedenken wäre auch: In diesem säkularisierten Raum, in dem auch viele Nichtchristen nach einer eschatologisch-alternativen Lebensweise Ausschau halten, könnte eine zeichnerhaft gelebte Armut eine große missionarische Kraft sein. (Vielleicht werden wir das in Zukunft gewissenhafter bedenken als in den letzten 40 Jahren.)

2. Es ist wohl nicht zu übersehen, daß in den kleinen Gemeinden Mittel- und Norddeutschlands, vielfach bedrängt von einem „kämpferischen Atheismus“, der Staatsraison war, und in der weitgehenden Isolierung von der Universalkirche etwas gewachsen ist an Eigenständigkeit und Eigenprägung, das diese Gemeinden nicht gern aufgeben möchten¹.

¹ Vgl. dazu H. Schürmann, Zukunftsweisende Erfahrungen der Kirche und Christen im Herrschaftsbereich des atheistischen Staatssozialismus, in: Geist und Leben 64 (1991), 142–153.